

Kärntner Landesgesetzblatt

Jahrgang 2006

Herausgegeben am 30. November 2006

31. Stück

- 70. Verordnung:** **Richtsätze für das Pflegegeld und das Ausstattungspauschale für Pflegekinder**
71. Verordnung: **Sozialhilfe-Leistungsverordnung 2007**
72. Verordnung: **Kärntner Land- und Forstwirtschaftsförderungsrichtlinie; Änderung**

70. Verordnung der Landesregierung vom 7. November 2006, Zl. 13-JJF-36/22-2006, mit der die Richtsätze für das Pflegegeld und das Ausstattungspauschale für Pflegekinder festgesetzt werden

Aufgrund des § 20 Abs. 3 des Kärntner Jugendwohlfahrtsgesetzes, LGBl. Nr. 139/1991, zuletzt geändert durch Landesgesetz LGBl. Nr. 67/2005, wird verordnet:

§ 1

Richtsätze für Pflegegeld

(1) Die Richtsätze betragen monatlich:

- a) für Minderjährige bis Vollendung des 10. Lebensjahres € 416,-
b) für Minderjährige ab Vollendung des 10. Lebensjahres € 446,-

(2) Anspruch auf Auszahlung des Pflegegeldes in der Höhe des Richtsatzes nach Abs. 1 lit. b besteht ab dem Monat, in dem der/die Minderjährige das 10. Lebensjahr vollendet.

(3) Besteht kein Anspruch auf Familienbeihilfe, so ist der in Betracht kommende Richtsatz (Abs. 1 lit. a und b) um einen Betrag zu erhöhen, der der Familienbeihilfe nach den Bestimmungen des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 100/2005, entspricht.

(4) In den Monaten Juni und Dezember eines jeden Jahres gebührt eine Sonderzahlung in der Höhe des monatlich zur Auszahlung gelangenden Pflegegeldes.

§ 2

Ausstattungspauschale

Anlässlich der Aufnahme eines Pflegekindes ist eine einmalige Ausstattungspauschale in der Höhe von € 363,36 zu gewähren.

§ 3

Schlussbestimmungen

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 2007 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung, LGBl. Nr. 98/2005, außer Kraft.

(2) Die Zuerkennung von Leistungen aufgrund der Bestimmungen dieser Verordnung für die Zeit ab 1. Jänner 2007 darf bereits ab dem auf die Kundmachung dieser Verordnung folgenden Tag erfolgen.

Der Landeshauptmann:

Dr. Haider

Der Landesamtsdirektor i. V.:

Mag. Dr. Platzer

71. Verordnung der Landesregierung vom 7. November 2006, Zl. 13-SH-170/54/06, mit der die Richtsätze für die Bemessung des Lebensunterhaltes und das Taschengeld für Heim- und Anstaltspfleglinge festgesetzt werden (Sozialhilfe-Leistungsverordnung 2007)

Aufgrund der §§ 7 Abs. 6, 8 Abs.1 und 13 Abs. 4 des Kärntner Sozialhilfegesetzes 1996, LGBl. Nr. 30, zuletzt geändert durch Landesgesetz LGBl. Nr. 44/2006, wird verordnet:

§ 1

Richtsätze für die Bemessung
des Lebensunterhaltes

(1) Für die Bemessung des unter durchschnittlichen Lebensverhältnissen laufend erforderlichen ausreichenden Lebensunterhaltes beträgt der Richtsatz:

für arbeitsunfähige oder im Pensionsalter stehende Personen im Sinne des § 8 Abs. 3 Kärntner Sozialhilfegesetz (gehobener Richtsatz):

	monatlich:	Euro
	für Alleinstehende	510,—
	für Hauptunterstützte	435,—
a)	für sonstige Hilfsbedürftige (allgemeiner Richtsatz):	
	für Alleinstehende	435,—
	für Hauptunterstützte	358,—
b)	für Personen in einer Haushaltsgemeinschaft (Haushaltsangehörige) ohne Anspruch auf Familienbeihilfe	263,—
c)	für Personen in einer Haushaltsgemeinschaft (Haushaltsangehörige) mit Anspruch auf Familienbeihilfe	129,—
d)	für den Aufwand für Unterkunft (Mietbeihilfe):	
	für Alleinstehende	149,—
	bei Haushaltsgemeinschaften für den Hauptunterstützten	196,—

(2) Soweit nach den Bestimmungen der §§ 6 und 7 Abs. 2 des Kärntner Sozialhilfegesetzes 1996, LGBL Nr. 30, in der jeweils geltenden Fassung, Leistungen anzurechnen sind, gilt dies nicht für die Familienbeihilfe.

§ 2

Taschengeld für Heim-
und Anstaltspfleglinge

(1) In Heimen und Anstalten untergebrachte Empfänger von Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes erhalten ab Vollendung des 15. Lebensjahres zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse ein Taschengeld, wenn und insoweit eine zweckentsprechende Verwendung desselben durch oder für den Hilfsbedürftigen gewährleistet ist und diesem Beträge in der in Abs. 2 genannten Höhe zum persönlichen Gebrauch nicht zur Verfügung stehen.

(2) Das Taschengeld beträgt ab Vollendung des 18. Lebensjahres 83 Euro, ab Vollendung des 15. Lebensjahres 57 Euro monatlich.

(3) Die Regelungen der Abs. 1 und 2 gelten sinngemäß auch für die Unterbringung in Familien.

§ 3

Sonderzahlungen

Die in den §§ 1 und 2 geregelten Leistungen gebühren, mit Ausnahme der Mietbeihilfe (§ 1 Abs. 1 lit. d), in den Monaten Juni und Dezember in doppelter Höhe. Maßgeblich für die Höhe dieser Sonderzahlung ist jedoch der in diesen Monaten bestehende Anspruch.

§ 4

Schlussbestimmungen

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 2007 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung LGBL Nr. 90/2005 außer Kraft.

(2) Die Zuerkennung von Leistungen auf Grund der Bestimmungen dieser Verordnung für die Zeit ab 1. Jänner 2007 darf bereits ab dem auf die Kundmachung dieser Verordnung folgenden Tag erfolgen.

Der Landeshauptmann:

Dr. Haider

Der Landesamtsdirektor i. V.:

Mag. Dr. Platzer

72. Verordnung der Landesregierung vom 24. Oktober 2006, Zl. 10L-ALFO-4/....-2006, mit der die Kärntner Land- und Forstwirtschaftsförderungsrichtlinie geändert wird

Aufgrund des § 5 Abs. 1 und 3 des Kärntner Landwirtschaftsgesetzes, LGBL Nr. 6/1997, in der Fassung des Gesetzes LGBL Nr. 5/2005, wird verordnet:

Artikel I

Die Kärntner Land- und Forstwirtschaftsförderungsrichtlinie, LGBL Nr. 6/2006, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 31 wird folgender § 31a eingefügt:

„§ 31a

Beihilfen zur Haltung von Zuchtstuten

(1) Ziel dieser Förderungsmaßnahme ist die Haltung eines Mindestbestandes an Zuchtstuten als Basis für die Erhaltung und Verbesserung der heimischen Pferdezucht. Damit verbunden ist die Schaffung von zusätz-

lichen Einkommenschancen für bäuerliche Pferdezüchter.

(2) Nach diesen Bestimmungen kann die Haltung von Zuchtstuten der Rassen Noriker, Haflinger und Warmblut gefördert werden.

(3) Als Förderungswerber kommen natürliche Personen in Betracht, die im Bundesland Kärnten einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften oder in einem bäuerlichen Haushalt leben.

(4) Die Förderung kann in Form eines Zuschusses zu den Deckkosten gewährt werden und beträgt jährlich bis zu 60 Euro je gedeckter Zuchtstute.

(5) Förderbar ist nur die Haltung von Stuten, die in einem Zuchtbuch gemäß den Bestimmungen des Kärntner Tierzuchtgesetzes, LGBL Nr. 42/1995, oder einer gleichartigen Bestimmung eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union eingetragen sind und die auf Weideflächen in Kärnten gehalten werden.“

2. Im § 35 Abs. 4 wird nach der lit. c folgende lit. d eingefügt:

„lit. d) Der angeführte Investitionszuschuss kann für jedes im Familienverband lebende unversorgte Kind, für das Familienbeihilfe des Bundes bezogen wird, um € 730,- überschritten werden, jedoch nur insoweit, als der Investitionszuschuss nicht mehr als 40 Prozent der förderbaren Gesamtkosten beträgt. Der Kinderzuschuss wird auch für jene Kinder, die zwischen der Einreichung des Ansuchens und der Fertigstellung geboren werden, gewährt.“

3. § 35 Abs. 5 lit. a lautet:

„lit. a) Die Investitionszuschüsse können nur gewährt werden, wenn das Jahresnetto-Familieneinkommen folgende Beträge nicht übersteigt: 1 Person € 30.000,-, 2 Personen € 45.000,-, für jede weitere im gemeinsamen Haushalt lebende Person € 4.000,-.“

4. § 35 Abs. 5 lit. e entfällt.

5. § 38 Abs. 5 lit. a lautet:

„lit. a) Bei Aussiedlungen dürfen die anrechenbaren Gesamtkosten einen Betrag von € 580.000,- pro Vorhaben auf sieben Jahre nicht überschreiten.“

6. § 38 Abs. 5 lit. f lautet:

„lit. f) Die Summe der Beträge der außerlandwirtschaftlichen Einkommen gemäß § 10 des Antragstellers und seines Ehegatten oder Lebensgefährten darf zum Zeitpunkt der Antragstellung das zweifache des Referenzeinkommens nicht überschreiten. Als Referenz-

einkommen gilt das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen der Industriebeschäftigten gemäß den Veröffentlichungen der Bundesanstalt Statistik Österreich nach § 32 Abs. 3 in Verbindung mit Anlage II des Bundesstatistikgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 136/2001, für das Jahr der Förderungsantragstellung.“

7. § 44 Abs. 5 lit. a lautet:

„lit. a) Übernahme und die Be- oder Verarbeitung von Milch im Rahmen der A- oder der D-Quoten von Almen mit einer Be- oder Verarbeitung von Milch gemäß der österreichischen Milchgarantiemengenverordnung 1999, BGBl. II Nr. 28/1999, hat in einem Betrieb zu erfolgen, der über eine Kontrollnummer gemäß § 12 der Milchhygieneverordnung, BGBl. II Nr. 40/1998, verfügt.“

8. § 45 Abs. 5 lit. e lautet:

„lit. e) Die Summe der Beträge der außerlandwirtschaftlichen Einkommen gemäß § 10 des Antragstellers und seines Ehegatten oder Lebensgefährten darf zum Zeitpunkt der Antragstellung das zweifache des Referenzeinkommens nicht überschreiten. Als Referenzeinkommen gilt das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen der Industriebeschäftigten gemäß den Veröffentlichungen der Bundesanstalt Statistik Österreich nach § 32 Abs. 3 in Verbindung mit Anlage II des Bundesstatistikgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 136/2001, für das Jahr der Förderungsantragstellung.“

9. § 55 Abs. 1 lit. a lautet:

„lit. a) Kärntner Landwirtschaftsgesetz (K-LWG), LGBL Nr. 6/1997, zuletzt in der Fassung LGBL Nr. 5/2005;“

10. § 55 Abs. 1 lit. c lautet:

„lit. c) Kärntner Dienstrechtsgesetz (K-DRG), LGBL Nr. 71/1994, zuletzt in der Fassung LGBL Nr. 73/2005;“

11. § 55 Abs. 1 lit. e entfällt.

12. § 55 Abs. 1 lit. f lautet:

„lit. f) Kärntner Straßengesetz (K-StrG), LGBL Nr. 72/1991, zuletzt in der Fassung LGBL Nr. 26/2006;“

13. § 55 Abs. 1 lit. j lautet:

„lit. j) Kärntner Jagdgesetz (K-JG), LGBL Nr. 21/2000, zuletzt in der Fassung LGBL Nr. 53/2006;“

14. § 55 Abs. 2 lit. a lautet:

„lit. a) Umsatzsteuergesetz 1994 (UstG 1994), BGBl. Nr. 663/1994, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 101/2006;“

15. § 55 Abs. 2 lit. b lautet:

„lit. b) Einkommensteuergesetz 1988 (EStG 1988), BGBl. I Nr. 400/1988, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 134/2006;“

16. § 55 Abs. 2 lit. c lautet:

„lit. c) Datenschutzgesetz 2000 (DSG 2000), BGBl. I Nr. 165/1999, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 13/2005;“

17. § 55 Abs. 2 lit. d lautet:

„lit. d) Vermessungsgesetz (VermG 1968), BGBl. Nr. 306/1968, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 136/2005;“

18. § 55 Abs. 2 lit. e lautet:

„lit. e) Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 87/2005;“

19. § 55 Abs. 2 lit. f lautet:

„lit. f) Land- und Forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz (LFBAG 1990), BGBl.

Nr. 298/1990, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 46/2005;“

20. § 55 Abs. 2 lit. h lautet:

„lit. h) Milch-Garantiemengen-Verordnung 1999 (MGV 1999), BGBl. II Nr. 28/1999, zuletzt in der Fassung BGBl. II Nr. 240/2005;“

21. § 55 Abs. 2 lit. i lautet:

„lit. i) Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86/1975, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 13/2006;“

Artikel II

Diese Verordnung tritt an dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

Der Landeshauptmann:

Dr. Haider

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Sladko